

Matthias Hauer

Ihr Abgeordneter für den Essener Süden und Westen

Newsletter ... 6/14

14.11.2014



© Deutscher Bundestag/Thomas Trutschel/photothek.net

Ernste Debatte um Sterbebegleitung

Sterben in Würde – was heißt das für jeden Menschen? Darüber hat der Deutsche Bundestag am Donnerstag debattiert. Konkret ging es um die Frage, ob organisierte Sterbehilfe in Deutschland weiterhin verboten bleiben soll. Bisher ist nur die passive Sterbehilfe – also der Verzicht auf lebensverlängernde Maßnahmen und der Einsatz von Schmerzmitteln, auch wenn sie den Tod beschleunigen – erlaubt. In der vierstündigen Orientierungsdebatte waren sich die Abgeordneten darüber einig, die Palliativmedizin und das Hospizwesen in Deutschland auszubauen – so steht es auch im Koalitionsvertrag. Gleichzeitig zeichnete sich eine Mehrheit für das Verbot der organisierten Sterbehilfe ab. Umstritten ist jedoch noch die Frage, ob Ärzte den Wunsch eines Patienten zur aktiven Sterbehilfe befolgen dürfen. Das Gesetzgebungsverfahren zu diesem Thema soll bis Mitte 2015 abgeschlossen sein. Im Frühjahr wird es noch eine große Anhörung im Plenum des Deutschen Bundestages dazu geben.

Investitionen in Forschung und Bildung

Mit einer Änderung des Grundgesetzes hat der Deutsche Bundestag ebenfalls am Donnerstag den Weg für mehr Investitionen in Bildung und Forschung frei gemacht. Nach wie vor sind die Bundesländer für ihre Schulen und Hochschulen zuständig. Die Verfassungsänderung macht es dem Bund jedoch möglich, Hochschulen mit überregionaler Bedeutung längerfristig zu fördern, zusätzliche Studienplätze zu schaffen und die Spitzenförderung anzuschieben. Der Grundgesetzreform muss noch der Bundesrat zustimmen. Zusätzlich übernimmt der Bund ab 1. Januar 2015 komplett die Kosten für das BAföG und erhöht den Förderhöchstsatz ab 2016 um fast zehn Prozent. „So entlasten wir die Länder um deutlich mehr als eine Milliarde Euro“, betont der Bundestagsabgeordnete Matthias Hauer. „Wir verbinden damit aber auch die klare Erwartung, dass die Länder – so auch Nordrhein-Westfalen – die freigewordenen Mittel vollständig in Schulen und Hochschulen investieren.“

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Essenerinnen und Essener!

Zwei Sitzungswochen in Berlin gehen zu Ende. Sie standen im Zeichen wichtiger Finanzthemen: Regierungserklärung von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble zur Bekämpfung von Steuerflucht, erste Beratung von Verschärfungen zur strafbefreienden Selbstanzeige, die Beratung zahlreicher Gesetze zur Bankenunion und die abschließende Beratung des Ratinggesetzes. Mit dem Ratinggesetz habe ich „mein“ erstes Gesetz durch den Deutschen Bundestag gebracht – als zuständiger Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Dazu erfahren Sie mehr auf Seite 3.

In der kommenden Woche werde ich wieder viel im Wahlkreis unterwegs sein: Bei Bürgergesprächstunden in Rüttenscheid und Überehrer stehe ich Rede und Antwort. In Werden habe ich gemeinsam mit der IHK eine Veranstaltung „Unternehmergeist an Schulen“ am Gymnasium initiiert. An der Unesco-Schule diskutiere ich mit Schülerinnen und Schülern über Kinderrechte. In der Kettwiger Stadtbibliothek beteilige ich mich am Bundesweiten Vorlesefest. Dazu kommen Karnevalsveranstaltungen in Altendorf und Rüttenscheid sowie – natürlich – zahlreiche Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern sowie mit Vertretern Essener Unternehmen.

Ich freue mich auf den Austausch mit Ihnen und nehme mir gern für Ihre Anregungen Zeit.

Ihr

Matthias Hauer MdB



Berlin



Regierungserklärung von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble © Deutscher Bundestag/Achim Melde



Eurotower in Frankfurt, bis Ende November noch Sitz der Europäischen Zentralbank © Epizentrum

Steuergerechtigkeit und Bankenunion

Zwei Wochen lang standen mehrere wegweisende Entscheidungen in der Finanzpolitik auf der Agenda: Am 29. Oktober hat Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble mit 49 Staaten den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten vereinbart. Damit haben 50 Staaten der Steuerflucht den Riegel vorgeschoben.

Strafbefreiende Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung: In einer öffentlichen Anhörung hat sich der Finanzausschuss des Bundestages in dieser Woche außerdem mit den Veränderungen bei der strafbefreienden Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung auseinandergesetzt. Geplant ist unter anderem, die Grenze, ab der ein Strafzuschlag zusätzlich gezahlt werden muss, von 50.000 auf 25.000 Euro zu senken.

Europäische Bankenunion: Der Deutsche Bundestag hat auch die Grundlage für die Europäische Bankenunion gelegt (siehe Info-Box). Voraussetzung dafür war ein Stresstest, den alle europäischen Großbanken durchlaufen mussten. In einem weiteren Schritt geht es jetzt um die Regelungen zur Bankenrekapitalisierung: Eine Bank soll erst dann durch den europäischen Rettungsschirm ESM aufgefangen werden, wenn sie die so genannte Haftungskaskade durchlaufen hat. „Der Finanzsektor im Euroraum wird dadurch widerstandsfähiger“, so Matthias Hauer dazu. „Das ist eine gute Nachricht, gerade auch für den deutschen Steuerzahler.“

Thema aus dem Finanzausschuss

Europäische Bankenaufsicht

Bislang haben Staaten marode Banken vor dem Bankrott bewahrt – mit dem Geld der Steuerzahler. Damit soll jetzt Schluss sein. Dafür hat die Europäische Union mit Unterstützung der deutschen Bundesregierung den ersten Schritt getan: Seit dem 4. November hat die Europäische Zentralbank die Aufsicht über rund 120 große Banken im Euro-Raum, darunter 21 aus Deutschland. Das heißt: Es gibt jetzt eine einheitliche Aufsicht mit den gleichen Spielregeln für alle Mitgliedsstaaten.

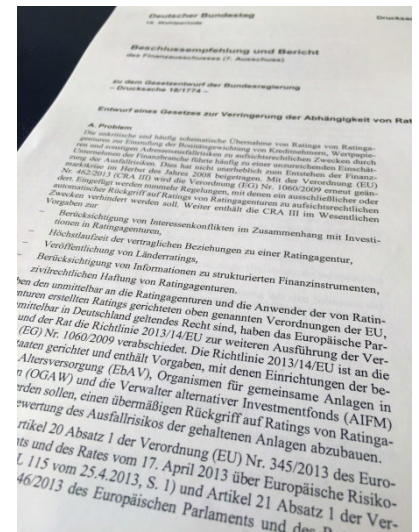


Die „Lichtgrenze“ an der ehemaligen Mauer vor dem Reichstagsgebäude © Deutscher Bundestag/Achim Melde

9. November: 25 Jahre Mauerfall

Mit einer besonderen Feier haben die Parlamentarier im Deutschen Bundestag dem 25. Jubiläum der Friedlichen Revolution in der ehemaligen DDR gedacht. Bundestagspräsident Norbert Lammert nannte den Fall der Mauer einen „Glücksfall der deutschen Geschichte“. Ohne den Mut und Freiheitswillen der Bürgerinnen und Bürger in der DDR und die daraus entstandene Bürgerrechtsbewegung hätte es den 9. November 1989 nicht gegeben, betonte er. Besonderer Gast der Feierstunde war der Liedermacher Wolf Biermann. Abgeordnete schilderten anschließend aus persönlicher Sicht, wie sie den 9. November 1989 erlebt haben. Am Ende der Gedenkstunde sangen alle Parlamentarier – wie auch spontan vor 25 Jahren im Deutschen Bundestag in Bonn – die deutsche Nationalhymne.

Berlin



Links: Matthias Hauer MdB bringt mit seiner Unterschrift das Gesetz auf den Weg. Rechts: Beschlussempfehlung zum Gesetzentwurf

Ratingagenturen: Matthias Hauer bringt erstes Gesetz auf den Weg

Der Deutsche Bundestag hat am 6. November 2014 das „Gesetz zur Verringerung der Abhängigkeit von Ratings“ verabschiedet. Matthias Hauer MdB ist für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion u.a. für dieses Thema zuständig und hat damit sein erstes Gesetz in dieser Legislaturperiode erfolgreich auf den Weg gebracht.

Worum geht es? Ratingagenturen spielen eine zentrale Rolle auf den Finanzmärkten. Sie bewerten Finanzprodukte, Unternehmen und Staaten nach ihrer Bonität und haben so einen großen Einfluss auf die Entscheidungen auf den Finanzmärkten. Ratingagenturen haben damit auch eine kritische Rolle in der Finanzkrise gespielt.

Was ändert sich? Finanzunternehmen müssen künftig eigene Risikoeinschätzungen stärker nutzen anstatt sich blind auf die Bewertungen der Agenturen zu stützen. Komplexe Finanzprodukte werden in Zukunft von zwei unterschiedlichen Ratingagenturen

bewertet. Auch kleine Ratingagenturen sollen stärker einbezogen werden. Das erhöht die Transparenz und stärkt die weniger großen, europäischen Agenturen.

Bessere Aufsicht: Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) ist in Deutschland für die Aufsicht über Banken, Finanzdienstleister, Versicherer und Wertpapierhandel zuständig. Die BaFin kann in Zukunft Ratingagenturen bestrafen, wenn sie gegen die neuen Regeln verstoßen.

Matthias Hauer: „Wir reduzieren die Bedeutung externer Ratings, fördern die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Ratingagenturen, bauen Regelungen ab, die eine Einschaltung der drei großen Ratingagenturen vorschreiben, verbessern die Aufsicht und führen harte Sanktionen bei Verstößen ein. Das Ratinggesetz steht somit für strengere Regeln auf den Finanzmärkten – und dafür stehen auch CDU und CSU.“



Informer über „Ein Jahr im Bundestag“

Ein Jahr im Bundestag: Diesen Termin nahm das Informer-Magazin zum Anlass für eine Titel-Geschichte über Matthias Hauer MdB. In der aktuellen Ausgabe geht es neben dem parlamentarischen Alltag auch um eine Bilanz des ersten Jahres in der Bundespolitik. „Es ist eine spannende und verantwortungsvolle Aufgabe, die Interessen von knapp 200.000 wahlberechtigten Essenerinnen und Essenern zu vertreten“, sagte Matthias Hauer gegenüber den Informer-Journalisten. „Dieser Aufgabe versuche ich, jeden Tag gerecht zu werden.“ Es sei die große Chance, die Bundespolitik den Menschen im eigenen Wahlkreis näherzubringen. „Mit der Arbeit in Berlin bewegen wir auch ganz viel für die Menschen in meiner Ruhrgebietsheimat“, so der Bundestagsabgeordnete.

Essen

Altendorf: Mit Ingrid Fischbach bei Noweda

Im Oktober hat Matthias Hauer MdB gemeinsam mit der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Gesundheitsminister, Ingrid Fischbach MdB, das Unternehmen NOWEDA besucht. Der Pharmagroßhändler in Altendorf ist mit einer Milliarde Euro der umsatzstärkste Standort in der Arzneimittellogistik in Deutschland. Das Foto zeigt Ingrid Fischbach und Matthias Hauer mit den NOWEDA-Vertretern Udo Harneit, Dr. Michael P. Kuck, Wilfried Hollmann und Dr. Klaus G. Brauer (v.l.). „NOWEDA ist einer der wichtigsten Arbeitgeber in Essen“, sagte Matthias Hauer. „Ich besuche gern die Unternehmen in meinem Wahlkreis und bin für ihre Anliegen und Fragen an die Bundespolitik offen. Der Besuch von Ingrid Fischbach zeigt, dass das auch für die Bundesregierung gilt.“



Dialog mit Schülern in Holsterhausen

Bei der Klasse 10 a der Gesamtschule Holsterhausen hieß es im Oktober: Der Bundestagsabgeordnete kommt in die Schule! Nachdem die Klasse auf Einladung von Matthias Hauer MdB im September das deutsche Parlament in Berlin besucht hatte, war nun Zeit für jede Menge persönlicher Fragen: Eine Doppelstunde sprach Matthias Hauer mit den Schülerinnen und Schülern über seine Arbeit als Bundestagsabgeordneter, parlamentarische Abläufe sowie aktuelle Fragen zur deutschen Außenpolitik, zum Terror des Islamischen Staates (IS), zum Umweltschutz und zur Bildungspolitik. Besonders die aktuelle Zeitungsmeldung – „Junge CDU2017 fordert für jeden Schüler Tablets und WLAN“ – kam sehr gut an. „Mir machen die Gespräche mit den Schülerinnen und Schülern aus meinem Wahlkreis großen Spaß und ich komme gern wieder“, sagte Matthias Hauer.

Wenn eine Vampir-Dame nach Paris fährt...

Am 28. Oktober hat Matthias Hauer MdB auf dem Frohnhauser Markt den 1. Preis für das schaurig-schönste Kostüm verliehen. Die Markthändler hatten dafür ihre Favoriten ausgewählt. Vampir-Dame Britta Lieven kann sich über eine Reise nach Paris freuen. Auch für alle anderen, die mitgemacht haben, vor allem für die Kinder, hatten die Markthändler Geschenke dabei. „Was bieten die Märkte, nicht nur in Frohnhausen? Gute und frische Produkte, viel Auswahl und Beratung, Marktatmosphäre – mitten in den Stadtteilen“, sagte Matthias Hauer. „Es ist wichtig, dass sich die Markthändler immer wieder etwas Neues einfallen lassen, um Leben auf den Markt zu bringen – und Politik sollte das unterstützen.“



Spendenaufruf: Baum sucht Festbeleuchtung!

Dieser Baum, der zentral am Frohnhauser Markt steht, wird hoffentlich bald festlich beleuchtet sein. Matthias Hauer MdB unterstützt die Idee der Frohnhauser Markthändler, daran eine dauerhafte Beleuchtung anzubringen, die alljährlich in der Vorweihnachtszeit angeschaltet werden soll. Die Installation an der zehn Meter hohen Platane an der Mülheimer Straße würde etwa 2.000 Euro kosten. „Noch fehlen einige hundert Euro“, verdeutlichten Markt-Obmann Wolfgang Dotten und Markthändler Andreas Koch. Bisher gebe es mündliche Spendenzusagen von der Bezirksvertretung, Matthias Hauer MdB und der Wohnbau eG. „Wer ebenfalls spenden möchte, soll sich auf dem Markt an Wolfgang Dotten oder Andreas Koch wenden“, so Matthias Hauer. „Lassen Sie uns für weihnachtliche Stimmung sorgen!“

Essen

Reformationstag in Essen

Auf Einladung von Superintendentin Marion Greve war Matthias Hauer MdB am 31. Oktober im Bergmannsdom in Katernberg bei der Reformationsfeier der Evangelischen Kirche zu Gast. Sie stand unter der Überschrift "Tue Deinen Mund auf für die Stummen" (Bibel: Sprüche 31,8); der evangelische Theologe und ehemalige Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, Konrad Raiser, predigte zum Jahresthema der Evangelischen Kirche in Deutschland „Reformation, Macht und Politik“. Beim anschließenden Abend der Begegnung – den Matthias Hauer auch gemeinsam mit Bürgermeister Franz-Josef Britz besuchte – gab es Bilder einer Kinderkunstaktion der Evangelischen Jugend zu bestaunen. Thema der Aktion: „Reformation und Politik“.

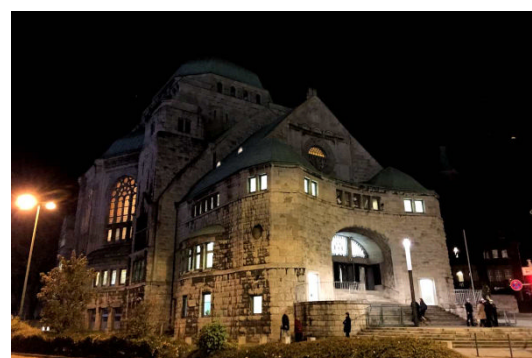


Zu Besuch bei den ganz Kleinen in Kettwig

Am 27. Oktober ist die Kita Mintarder Weg eröffnet worden. Matthias Hauer MdB richtete bei der Eröffnungsfeier einige Grußworte an Eltern, Kinder und Erzieher. Die Kinder führten ihre Gäste durch die neue Kita. Matthias Hauer überreichte ihnen acht Bücher aus der Serie "Lauras Stern". „Die Kinder haben sich sehr gefreut“, berichtete der Bundestagsabgeordnete. Insgesamt über einhundert Gäste besichtigten die helle und farbenfrohe Einrichtung. „Der Kita-Ausbau ist bei unserem Essener Dezernenten Peter Renzel in den besten Händen“, betonte Matthias Hauer im Anschluss. „Auch der Bund tut viel für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Obwohl das Land für den Kita-Ausbau zuständig ist, beteiligt der Bund sich massiv finanziell am Kita-Ausbau. In dieser Legislatur unterstützt der Bund die Länder mit über sechs Milliarden Euro für neue Plätze und den laufenden Betrieb.“

Gedenken an die Reichspogromnacht

In Erinnerung an die Reichspogromnacht hat Matthias Hauer MdB an der Gedenkfeier in der Alten Synagoge teilgenommen. Der 9. November 1938 markierte den Übergang von der Diskriminierung der deutschen Juden hin zur systematischen Verfolgung: Geschäfte, Wohnungen und Synagogen brannten – auch in Essen. „Überall müssen wir deutlich machen, dass Antisemitismus durch nichts zu rechtfertigen ist“, sagte Matthias Hauer im Anschluss an die Gedenkfeier. „Dass heute rund um die Uhr die jüdischen Einrichtungen – auch die Alte Synagoge und die neue Synagoge in Essen – geschützt werden müssen, ist ein schlimmer Zustand. Ich freue mich sehr darüber, dass es wieder jüdisches Leben in Essen gibt.“



Bürgersprechstunden mit Matthias Hauer

Haben Sie Fragen an die Politik? Anliegen, die das Leben in Ihrem Stadtteil oder die Bundespolitik betreffen? Matthias Hauer bietet gemeinsam mit Lokalpolitikern vor Ort Bürgersprechstunden in seinem Wahlkreis an. „Das ist eine sehr gute Gelegenheit, um persönlich ins Gespräch zu kommen, Fragen zu klären oder auch Anliegen persönlich zu besprechen“, so der Bundestagsabgeordnete. „So erfahre ich am besten, wo der Schuh drückt. Kommen Sie also gern vorbei!“ Die nächsten Termine:

Sonntag, 16. November, 14 Uhr bis 15:30 Uhr

Messe Essen: „Mode Heim Handwerk“, am Stand des Deutschen Bundestages

Donnerstag, 20. November, 16:30 bis 18:30 Uhr

Überruhr: Eingang des Einkaufszentrums in der Schulte-Hinsel-Straße

Kontakt



Büro Berlin

Deutscher Bundestag
Matthias Hauer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 227 75169

Fax: 030 227 76169

Unterstützen mich in Berlin: Dirk Stahns,
Elena Zettelmeyer, Katrin Arnholz (v.l.)



Büro Essen

Matthias Hauer MdB
Blücherstr. 1
45141 Essen

Tel.: 0201 545 46100

Fax: 0201 545 46101

Unterstützen mich in Essen: Constantin Hesselmann, Daniela Rittkowski, Marie Kohls (v.l.) sowie Nils Sotmann

E-Mail: matthias.hauer@bundestag.de

Facebook: facebook.com/matthiashauer.cdu

Twitter: twitter.com/MatthiasHauer

